

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten **Schabl, Erber** und **Haberler**

zur Gruppe 4 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2002,
Ltg. Zl. 770

betreffend weitere Sicherung der Jugendausbildung

Seit 1997 gibt es in NÖ mehr Lehrstellensuchende als angebotene Lehrstellen. Im Schnitt gab es pro Jahr einen Überhang von ca. 500 Lehrstellensuchenden gegenüber den angebotenen Lehrstellen. Die Bundesregierung hat mit der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes für Beschäftigung und dem damit verbundenen Jugendausbildungssicherungsgesetz zur Entschärfung bzw. Bewältigung dieses Problems beigetragen. Durch dieses Gesetz besteht die Möglichkeit, eine Facharbeiterausbildung, die den Ansprüchen sowohl der Wirtschaft als auch den Bedürfnissen der Lehrlinge entspricht, zu gewährleisten.

Die Ausbildungsmaßnahmen werden entsprechend dem Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung im Rahmen von Lehrlingsstiftungen und Lehrgängen in Niederösterreich von BFI, WIFI NÖ und dem Redemptoristen Orden durchgeführt. Im Rahmen dieser Lehrgänge haben die Jugendlichen neben den eigentlichen berufsbezogenen Fertigkeiten und Kenntnissen auch die Möglichkeit, sich auf anderen Ebenen fortzubilden und weiterzuentwickeln. Neben der Beseitigung von persönlichen Defiziten steht auch ein breites Spektrum an zusätzlichen Lehrinhalten zur Auswahl. Fremdsprachen, EDV, Persönlichkeitstraining, u.a.m, die erst eine Entwicklung von Jugendlichen hin zu einer europaweit konkurrenzfähigen Fachkraft ausmachen, werden angeboten.

Insgesamt wurden seit 1997 1.800 Lehrstellensuchende in NÖ in Lehrlingsstiftungen und Lehrgängen aufgenommen, ca. 70% davon konnten bis jetzt in ein Lehr- oder Dienstverhältnis in Betriebe vermittelt werden.

Ende Mai 2001 waren beim AMS NÖ 1.267 sofort und nicht sofort verfügbare offene Lehrstellen gemeldet. Dem gegenüber stehen 2.104 Lehrstellensuchende. Laut Wirtschaftskammer NÖ wurden in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres insgesamt 1.419 neue Lehrverträge abgeschlossen. Für Oktober ist deshalb auch wieder ein Fehlbestand von ca. 400 Ausbildungsplätzen zu erwarten.

Das Jugendausbildungssicherungsgesetz ist jedoch befristet und tritt mit 31.12.2001 außer Kraft. Wie die oben angeführten Zahlen zeigen, ist für Niederösterreich auch heuer keine Entschärfung am Lehrstellenmarkt zu erwarten. Es ist daher sicherzustellen, dass durch legislative und budgetäre Maßnahmen auch über das Jahr 2001 hinaus die Lehrlingsausbildung aufrecht erhalten bleibt.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der NÖ Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass es zu einer Weiterführung des Jugendausbildungsgesetzes über den 31. 12. 2001 hinaus kommt und die notwendigen finanziellen Mitteln sichergestellt werden.